

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Literaturverzeichnis	XLVII

Verfassungsrechtliche Grundlagen

A. Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Art. 39. Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	1
---	---

B. Staatsvertrag von Wien (Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich)

Art. 8. Demokratische Einrichtungen	2
---	---

C. Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Art. 3. Recht auf freie Wahlen	3
--------------------------------------	---

D. Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

Art. 1.	3
Art. 6.	3
Art. 10.	4
Art. 20.	5
Art. 23 a.	6
Art. 23 b.	7

Inhaltsverzeichnis

Art. 26.	7
Art. 26a.	9
Art. 27.	10
Art. 29.	11
Art. 41.	11
Art. 42.	12
Art. 43.	13
Art. 44.	13
Art. 45.	13
Art. 46.	13
Art. 49b.	14
Art. 56.	15
Art. 59.	16
Art. 59a.	16
Art. 60.	16
Art. 64.	18
Art. 92.	19
Art. 95.	19
Art. 117.	21
Art. 141.	23
Art. 151.	26

Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1992 – NRWO)

I. HAUPTSTÜCK Wahlausschreibung, Einteilung des Bundesgebietes für Zwecke der Wahl, Wahlbehörden

1. Abschnitt Mitgliederzahl, Wahlausschreibung, Wahlkreise

§ 1.	Mitgliederzahl, Wahlausschreibung, Wahltag, Stichtag	45
§ 2.	Landeswahlkreise, Stimmbezirke	49
§ 3.	Regionalwahlkreise	50

§ 4.	Zahl der Mandate in den Wahlkreisen, Berechnung nach der jeweils letzten Volkszählung	53
§ 5.	Verlautbarung der Mandatszahlen	57

**2. Abschnitt
Wahlbehörden**

§ 6.	Allgemeines	60
§ 7.	Wirkungskreis der Wahlbehörden und der Wahlleiter	64
§ 8.	Gemeindevahlbehörden	65
§ 9.	Sprengelwahlbehörden	66
§ 10.	Bezirkswahlbehörden	67
§ 11.	Landeswahlbehörden	68
§ 12.	Bundeswahlbehörde	69
§ 13.	Fristen zur Bestellung der Sprengelwahlleiter, der ständigen Vertreter und der Stellvertreter, Angelobung, Wirkungskreis der Wahlleiter	72
§ 14.	Einbringung der Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzbeisitzer	74
§ 15.	Berufung der Beisitzer und Ersatzbeisitzer, Entsendung von Vertrauenspersonen	79
§ 16.	Konstituierung der Wahlbehörden, Angelobung der Beisitzer und Ersatzbeisitzer	83
§ 17.	Beschlußfähigkeit, gültige Beschlüsse der Wahlbehörden	84
§ 18.	Selbständige Durchführung von Amtshandlungen durch den Wahlleiter	86
§ 19.	Änderung in der Zusammensetzung der Wahlbehörden, Amtsdauer	89
§ 20.	Entschädigungen für die Tätigkeit in Wahlbehörden	92
§ 20 a.	Wahlbeobachter	97

**II. HAUPTSTÜCK
Wahlrecht, Erfassung der Wahlberechtigten**

1. Abschnitt

§ 21.	Wahlrecht	103
-------	---------------------	-----

2. Abschnitt

Wahlausschließungsgründe

- § 22. Wegen gerichtlicher Verurteilung 107

3. Abschnitt

Erfassung der Wahlberechtigten

- § 23. Wählerverzeichnisse 115
§ 24. Ort der Eintragung 116
§ 25. Auflegung des Wählerverzeichnisses 117
§ 26. Kundmachung in den Häusern 121
§ 27. Ausfolgung von Abschriften an die Parteien 122
§ 28. Berichtigungsanträge 124
§ 29. Verständigung der zur Streichung beantragten Personen 127
§ 30. Entscheidung über Berichtigungsanträge 127
§ 31. Richtigstellung des Wählerverzeichnisses 128
§ 32. Beschwerden 129
§ 33. Behandlung der nach dem WEviG erhobenen Berichtigungsanträge und Beschwerden 131
§ 34. Abschluss des Wählerverzeichnisses 131
§ 35. Berichte über die Zahl der Wahlberechtigten 132
§ 36. Teilnahme an der Wahl 133
§ 37. Ort der Ausübung des Wahlrechts 134

4. Abschnitt

Wahlkarten

- § 38. Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte 135
§ 39. Ausstellung der Wahlkarte 137
§ 40. Vorgang nach Ausstellung der Wahlkarten 153

III. HAUPTSTÜCK

Wählbarkeit, Wahlbewerbung

1. Abschnitt

- § 41. Wählbarkeit 160

2. Abschnitt
Wahlbewerbung

§ 42.	Einbringung, erste Überprüfung und Unterstützung der Landeswahlvorschläge	163
§ 43.	Inhalt der Landeswahlvorschläge	170
§ 44.	Unterscheidende Parteibezeichnung und Kurzbezeichnung in den Landeswahlvorschlägen	175
§ 45.	Landeswahlvorschlag ohne zustellungsbevollmächtigten Vertreter, Ersatz des zustellungsbevollmächtigten Vertreters	178
§ 46.	Überprüfung der Landeswahlvorschläge	179
§ 47.	Ergänzungsvorschläge	184
§ 48.	Landeswahlvorschläge mit gleichen Wahlwerbern	185
§ 49.	Abschließung und Veröffentlichung der Landeswahlvorschläge	186
§ 50.	Zurückziehung von Landeswahlvorschlägen und Regionalparteilisten	191
§ 51.	Rückerstattung des Kostenbeitrages	192

IV. HAUPTSTÜCK
Abstimmungsverfahren

1. Abschnitt
Wahlort und Wahlzeit

§ 52.	Gemeinde als Wahlort, Verfügungen der Gemeindewahlbehörden, in Wien des Magistrates	192
§ 53.	Wahlsprenkel	198
§ 54.	Wahllokale	199
§ 55.	Wahllokale außerhalb des Wahlsprenkels, gemeinsame Wahllokale für mehrere Sprengel	200
§ 56.	Wahllokale für Wahlkartenwähler	201
§ 57.	Wahlzelle	201
§ 58.	Verbotzonen	203
§ 59.	Wahlzeit	205
§ 60.	Vorgang bei der Briefwahl	205

2. Abschnitt

§ 61.	Wahlzeugen	218
-------	----------------------	-----

3. Abschnitt

Die Wahlhandlung im Inland

§ 62.	Leitung der Wahl, Ordnungsgewalt des Wahlleiters . .	219
§ 63.	Beginn der Wahlhandlung	220
§ 64.	Wahlkuverts	221
§ 65.	Betreten des Wahllokals	223
§ 66.	Persönliche Ausübung des Wahlrechts	224
§ 67.	Identitätsfeststellung	228
§ 68.	Stimmabgabe	230

4. Abschnitt

Besondere Erleichterungen für die Ausübung des Wahlrechts

§ 69.	Vermerke im Abstimmungsverzeichnis und im Wählerverzeichnis durch die Wahlbehörde	235
§ 70.	Vorgang bei Wahlkartenwählern	236
§ 71.	Stimmabgabe bei Zweifel über die Identität des Wählers	237
§ 72.	Ausübung des Wahlrechts von Personen mit Behandlungsbedarf oder Pflegebedarf in Heil- und Pflegeanstalten einschließlich Alten- und Pflegeheimen sowie Wohnrichtungen der Behinderten- und Jugendhilfe	238
§ 73.	Ausübung der Wahl durch in ihrer Mobilität eingeschränkte oder in ihrer Freiheit beschränkte Wahlkartenwähler ³⁾	241
§ 74.	Ausübung des Wahlrechts von in ihrer Freiheit beschränkten Wahlberechtigten	244

5. Abschnitt

Amtlicher Stimmzettel

§ 75.	Amtliche Stimmzettel des Landeswahlkreises	244
§ 76.	Leerer amtlicher Stimmzettel	248
§ 77.	Gemeinsame Bestimmungen für den amtlichen Stimmzettel	250

6. Abschnitt

Gültigkeit und Ungültigkeit des amtlichen Stimmzettels

§ 78.	Gültige Ausfüllung	250
-------	------------------------------	-----

§ 79.	Vergabe von Vorzugsstimmen	268
§ 80.	Mehrere Stimmzettel in einem Wahlkuvert	270
§ 81.	Ungültige Stimmzettel	270

7. Abschnitt

Gültigkeit und Ungültigkeit des leeren amtlichen Stimmzettels

§ 82.	Gültige Ausfüllung	276
§ 83.	Ungültige Stimmzettel	276

8. Abschnitt

Feststellung des örtlichen Wahlergebnisses

§ 84.	Stimmzettelpfprüfung, Stimmenzählung	277
§ 85.	Niederschrift	282
§ 86.	Zusammenrechnung der Sprengelergebnisse außerhalb von Wien	286
§ 87.	Besondere Maßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen	289
§ 88.	Zusammenrechnung der örtlichen Wahlergebnisse durch die Bezirkswahlbehörde	290
§ 89.	Übermittlung der Wahlakten der Gemeindevahlbehörden, in Statutarstädten der Sprengelwahlbehörden, an die Bezirkswahlbehörde	291
§ 90.	Feststellung des Wahlergebnisses im Stimmbezirk und Übermittlung der Wahlakten an die Landeswahlbehörde	292
§ 91.	Ermittlung der Vorzugsstimmen	298

V. HAUPTSTÜCK

Ermittlungsverfahren

1. Abschnitt

Vorläufiges Wahlergebnis

§ 92.	Feststellung der Zahl der von Wahlkartenwählern im Inland außerhalb des eigenen Regionalwahlkreises abgegebenen Wahlkuverts, Bericht an die Bundeswahlbehörde	299
-------	---	-----

Inhaltsverzeichnis

§ 93.	Vorläufige Ermittlung im Landeswahlkreis, Bericht an die Bundeswahlbehörde	300
§ 94.	Behandlung übermittelter Wahlkuverts von Wahlkartenwählern im Inland. Bericht an die Bundeswahlbehörde	302
§ 95.	Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses durch die Bundeswahlbehörde	305

2. Abschnitt

Ermittlungen der Landeswahlbehörde

§ 96.	Stimmenprotokoll mit Wahlzahl	306
-------	---	-----

Erstes Ermittlungsverfahren

§ 97.	Endgültiges Ergebnis im Regionalwahlkreis, Zuteilung der Mandate an die Parteien	310
§ 98.	Zuweisung der Mandate an die Regionalbewerber der Regionalparteilisten nach Maßgabe der Vorzugsstimmen, Reihung der nicht gewählten Regionalbewerber	310
§ 99.	Niederschrift über das erste Ermittlungsverfahren	315

Zweites Ermittlungsverfahren

§ 100.	Feststellung und Bekanntgabe der Parteien, die am zweiten Ermittlungsverfahren teilnehmen	316
§ 101.	Endgültiges Ergebnis im Landeswahlkreis, Zuteilung der Mandate an die Parteien	318
§ 102.	Zuweisung der Mandate an die Bewerber der Landesparteilisten nach Maßgabe der Vorzugsstimmen, Reihung der nicht gewählten Bewerber	319
§ 103.	Niederschrift über das zweite Ermittlungsverfahren	321
§ 104.	Bericht an die Bundeswahlbehörde	323
§ 105.	Verlautbarung der Wahlergebnisse, Übermittlung der Wahlakten	323

3. Abschnitt

Aufgaben der Bundeswahlbehörde

Drittes Ermittlungsverfahren

§ 106.	Einbringung der Bundeswahlvorschläge	324
§ 107.	Ermittlung und Zuteilung der Mandate	329

§ 108.	Zuweisung an die Bewerber, Niederschrift, Verlautbarung	331
§ 109.	Erklärungen Doppeltgewählter	334

4. Abschnitt

§ 110.	Einsprüche gegen ziffernmäßige Ermittlungen	335
--------	---	-----

5. Abschnitt

Nicht gewählte Bewerber

§ 111.	Berufung, Ablehnung, Streichung	336
§ 112.	Besetzung von Mandaten bei Erschöpfung von Wahlvorschlägen	339

6. Abschnitt

Wahlscheine

§ 113.	340
--------	-----------	-----

VI. HAUPTSTÜCK

§ 114.	Gemeinsame Durchführung der Nationalratswahl mit anderen Wahlen	341
--------	---	-----

VII. HAUPTSTÜCK

Besondere Bestimmungen über die Wiederholung des Wahlverfahrens

§ 115.	Anwendungsbereich	344
§ 116.	Ausschreibung der Wiederholungswahl	346
§ 117.	Wahlberechtigte und Wählerverzeichnis; Wahlsprengel und Wahlbehörden	347
§ 118.	Ausstellung von Wahlkarten; Wahlbehörden für Wahlkartenwähler	348
§ 119.	Stimmabgabe durch Wahlkartenwähler	349
§ 120.	Übermittlung der Stimmen von Wahlkartenwählern	349
§ 121.	351
§ 122.	Schriftliche Anbringen und Sofortmeldungen	351
§ 123.	Fristen	352
§ 124.	Wahlkosten	353
§ 125.	Gebührenfreiheit	355

Inhaltsverzeichnis

§ 126.	Sprachliche Gleichbehandlung	355
§ 127.	Änderungen bei den Gebieten der Stimmbezirke . . .	356
§ 127 a.	Verweisungen	359
§ 127 b.	Übergangsbestimmung	359
§ 128.	Vollziehung	359
§ 129.	Inkrafttreten	362

Bundesgesetz über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments (Europawahlordnung – EuWO)

§ 1.	Anwendungsbereich	393
§ 2.	Ausschreibung der Wahl, Wahltag, Stichtag	397
§ 3.	Wahlkörper, Wahlkreise, Stimmbezirke	400
§ 4.	Wahlbehörden	401
§ 5.	Wirkungskreis der Wahlbehörden und der Wahlleiter	401
§ 6.	Vertrauenspersonen	402
§ 7.	Beschlußfähigkeit, gültige Beschlüsse der Wahlbehörden	404
§ 8.	Selbständige Durchführung von Amtshandlungen durch den Wahlleiter	405
§ 9.	Entschädigungen für die Tätigkeit in Wahlbehörden	406
§ 9 a.	Wahlbeobachter	407
§ 10.	Aktives Wahlrecht	411
§ 11.	Wählerverzeichnisse	412
§ 12.	Ort der Eintragung	414
§ 13.	Auflegung des Wählerverzeichnisses	415
§ 14.	Kundmachung in den Häusern	417
§ 15.	Ausfolgung von Abschriften an die Parteien	418
§ 16.	Berichtigungsanträge	419
§ 17.	Verständigung der zur Streichung beantragten Personen	421
§ 18.	Entscheidung über Berichtigungsanträge	421
§ 19.	Richtigstellung des Wählerverzeichnisses	422
§ 20.	Beschwerden	423
§ 21.	Behandlung der nach dem Europa-Wählerevidenzgesetz erhobenen Berichtigungsanträge und Beschwerden	423

§ 22.	Abschluß des Wählerverzeichnisses	424
§ 23.	Berichte über die Zahl der Wahlberechtigten	424
§ 24.	Teilnahme an der Wahl	425
§ 25.	Ort der Ausübung des Wahlrechts	426
§ 26.	Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte	426
§ 27.	Ausstellung der Wahlkarte	427
§ 28.	Vorgang nach Ausstellung der Wahlkarte	434
§ 29.	Wählbarkeit	436
§ 30.	Einbringung, erste Überprüfung und Unterstützung der Wahlvorschläge	437
§ 31.	Inhalt der Wahlvorschläge	440
§ 32.	Unterscheidbarkeit der Parteibezeichnungen und Kurzbezeichnungen in den Wahlvorschlägen	446
§ 33.	Wahlvorschlag ohne zustellungsbevollmächtigten Vertreter, Ersatz des zustellungsbevollmächtigten Vertreters	447
§ 34.	Überprüfung der Wahlvorschläge	448
§ 35.	Ergänzungs-Wahlvorschläge	450
§ 36.	Abschluß und Veröffentlichung der Wahlvorschläge	450
§ 37.	Zurückziehung von Wahlvorschlägen	452
§ 38.	Rückerstattung des Kostenbeitrages	453
§ 39.	Gemeinde als Wahlort, Verfügungen der Gemeindevahlbehörden oder des Magistrats der Stadt Wien, Wahlzeit	453
§ 40.	Wahlsprengel	456
§ 41.	Wahllokale	457
§ 42.	Wahllokale außerhalb des Wahlsprengels, gemeinsame Wahllokale für mehrere Sprengel	457
§ 43.	Wahllokale für Wahlkartenwähler	458
§ 44.	Wahlzelle	458
§ 45.	Verbotzonen	460
§ 46.	Vorgang bei der Briefwahl	460
§ 47.	Wahlzeugen	464
§ 48.	Leitung der Wahl, Ordnungsgewalt des Wahlleiters	465
§ 49.	Beginn der Wahlhandlung	466
§ 50.	Wahlkuverts	467
§ 51.	Betreten des Wahllokals	467
§ 52.	Persönliche Ausübung des Wahlrechts	468
§ 53.	Identitätsfeststellung	470

Inhaltsverzeichnis

§ 54.	Stimmabgabe	471
§ 55.	Vermerke im Abstimmungsverzeichnis und im Wählerverzeichnis durch die Wahlbehörde	473
§ 56.	Vorgang bei Wahlkartenwählern	473
§ 57.	Stimmabgabe bei Zweifel über die Identität des Wählers	474
§ 58.	Ausübung des Wahlrechts von Personen mit Behandlungsbedarf oder Pflegebedarf in Heil- und Pflegeanstalten einschließlich Alten- und Pflegeheimen sowie Wohneinrichtungen der Behinderten- und Jugendhilfe	475
§ 59.	Ausübung des Wahlrechts durch in ihrer Mobilität eingeschränkte oder in ihrer Freiheit beschränkte Wahlkartenwähler	476
§ 60.	Ausübung des Wahlrechts von in ihrer Freiheit beschränkten Wahlberechtigten	478
§ 61.	Amtlicher Stimmzettel	478
§ 62.	Gültige Ausfüllung des amtlichen Stimmzettels	481
§ 63.	Vergabe von Vorzugsstimmen	481
§ 64.	Mehrere Stimmzettel in einem Wahlkuvert	482
§ 65.	Ungültige Stimmzettel	483
§ 66.	Stimmzettelprüfung, Stimmzählung	484
§ 67.	Niederschrift	488
§ 68.	Zusammenrechnung der Sprengelergebnisse außerhalb von Wien	490
§ 69.	Besondere Maßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen	492
§ 70.	Zusammenrechnung der örtlichen Wahlergebnisse durch die Bezirkswahlbehörde	493
§ 71.	Übermittlung der Wahlakten der Gemeindewahlbehörden, in Statutarstädten der Sprengelwahlbehörden, an die Bezirkswahlbehörde	493
§ 72.	Feststellung des Wahlergebnisses im Stimmbezirk und Übermittlung der Wahlakten an die Landeswahlbehörde	494
§ 73.	Ermittlung der Vorzugsstimmen	497
§ 74.	Vorläufige Ermittlung im Landeswahlkreis, Bericht an die Bundeswahlbehörde	498
§ 75.	Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses durch die Bundeswahlbehörde	500

§ 76.	Ermittlungen der Landeswahlbehörde	501
§ 77.	Ermittlung der Mandate durch die Bundeswahlbehörde	503
§ 78.	Zuweisung der Mandate, Niederschrift, Verlautbarung	506
§ 79.	Einsprüche gegen ziffernmäßige Ermittlungen	512
§ 80.	Anfechtung	513
§ 81.	Berufung, Ablehnung, Streichung	515
§ 82.	Durchführung der Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments gleichzeitig mit anderen Wahlen .	517
§ 83.	Schriftliche Anbringen und Sofortmeldungen	519
§ 84.	Fristen	519
§ 85.	Wahlkosten	520
§ 86.	Abgabefreiheit	522
§ 87.	Sprachliche Gleichbehandlung	523
§ 88.	Verweisungen	523
§ 89.	523
§ 90.	Vollziehung	524
§ 91.	Inkrafttreten	525

Bundesgesetz über die Führung ständiger Evidenzen der Wahl- und Stimmberechtigten bei Wahlen zum Europäischen Parlament

(Europa-Wählerevidenzgesetz – EuWEG)

§ 1.	Führung der Europa-Wählerevidenz	537
§ 2.	Voraussetzungen für die Eintragung	540
§ 3.	Ausschluss vom Wahlrecht wegen gerichtlicher Verurteilung	545
§ 4.	Voraussetzungen für die Eintragung von Österreichern, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben .	547
§ 5.	Voraussetzungen für die Eintragung von Unionsbürgern mit Hauptwohnsitz in Österreich, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen	554
§ 6.	Einsichtnahme in die Europa-Wählerevidenz	558
§ 7.	Berichtungsanträge	559

Inhaltsverzeichnis

§ 8.	Verständigung der von Berichtigungsanträgen betroffenen Personen	560
§ 9.	Entscheidung über Berichtigungsanträge	561
§ 10.	Beschwerden gegen Entscheidungen über Berichtigungsanträge	562
§ 11.	Behörden im Berichtigungsverfahren	562
§ 12.	Amtswegige Führung der Europa-Wählerevidenz . . .	563
§ 13.	Zentrale Europa-Wählerevidenz	565
§ 14.	Fristen	569
§ 15.	Kosten	569
§ 16.	Schriftliche Anbringen	571
§ 17.	Verweisungen	571
§ 18.	Sprachliche Gleichbehandlung	571
§ 19.	Vollziehung	572
§ 20.	Inkrafttreten	573

Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 (BPräsWG)

§ 1.	585
§ 2.	585
§ 3.	586
§ 4.	587
§ 5.	587
§ 5 a.	588
§ 6.	598
§ 7.	598
§ 8.	603
§ 9.	606
§ 10.	607
§ 10 a.	612
§ 10 b.	614
§ 11.	614
§ 12.	618
§ 13.	620
§ 14.	621
§ 15.	623
§ 16.	623

§ 17.	625
§ 18.	625
§ 19.	626
§ 20.	627
§ 21.	627
§ 22.	628
§ 23.	<i>[entfällt mit BGBl I 2007/28]</i>	628
§ 24.	630
§ 24 a.	630
§ 25.	635
§ 25 a.	637
§ 26.	637
§ 26 a.	638
§ 26 b.	638
§ 27.	640
§ 28.	641

Volksbegehrengesetz 2018 (VoBeG)

§ 1.	Regelungsgegenstand	655
§ 2.	Behörden	656
§ 3.	Einbringung der Anmeldung	658
§ 4.	Zulassung der Anmeldung	665
§ 5.	Unterstützung des Einleitungsantrags	667
§ 6.	Entscheidung über den Einleitungsantrag	670
§ 7.	Stimmberechtigung	673
§ 8.	Eintragungsbehörden	673
§ 9.	Druckkostenbeitrag	675
§ 10.	Verlautbarung des Eintragungsverfahrens	676
§ 11.	Vornahme der Eintragung	677
§ 12.	Anwendungen von Bestimmungen der NRWO	681
§ 13.	Ergebnisermittlung	681
§ 14.	Feststellungen der Bundeswahlbehörde	682
§ 15.	Entsendung von Vertrauenspersonen	683
§ 16.	Anfechtung des Volksbegehrens	683
§ 17.	Zuleitung des Volksbegehrens an den Nationalrat ..	684
§ 18.	Indexanpassung	686

Inhaltsverzeichnis

§ 19.	Fristen	687
§ 20.	Abgabefreiheit, Verweisungen	687
§ 21.	Kosten	687
§ 22.	Sprachliche Gleichbehandlung	689
§ 23.	Verweisungen	689
§ 24.	Übergangsbestimmungen	689
§ 25.	Vollziehung	691
§ 26.	Inkrafttreten	691

Anhang 1

Bundesgesetz über die Führung ständiger Evidenzen der Wahl- und Stimmberechtigten

(Wählerevidenzgesetz 2018 – WEviG)

§ 1.	Führung der Wählerevidenz	699
§ 2.	Voraussetzung für die Eintragung	700
§ 3.	Eintragung von Österreichern, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben	702
§ 4.	Zentrales Wählerregister (ZeWaeR)	704
§ 5.	Einsichtnahme in die Wählerevidenz	707
§ 6.	Berichtigungsanträge	708
§ 7.	Verständigung der von Berichtigungsanträgen betroffenen Personen	709
§ 8.	Behörden im Berichtigungsverfahren	709
§ 9.	Entscheidung über Berichtigungsanträge	710
§ 10.	Beschwerde gegen Entscheidungen über Berichtigungsanträge	710
§ 11.	Amtswegige Führung der Wählerevidenz	711
§ 12.	Hauskundmachungen	712
§ 13.	Fristen	712
§ 14.	Kosten	712
§ 15.	Schriftliche Anbringen, Abgabefreiheit	713
§ 16.	Verweisungen	714
§ 17.	Sprachliche Gleichbehandlung	714
§ 18.	Vollziehung	714
§ 19.	In- und Außerkrafttreten	714

Anhang 2
Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die
mit gerichtlicher Strafe bedrohten
Handlungen
(Strafgesetzbuch – StGB)

Allgemeiner Teil
Achter Abschnitt

Begriffsbestimmungen

§ 74.	Andere Begriffsbestimmungen	716
-------	-----------------------------------	-----

Achtzehnter Abschnitt

Strafbare Handlungen bei Wahlen und
Volksabstimmungen; Mandatskauf

§ 261.	Geltungsbereich	718
§ 262.	Wahlbehinderung	718
§ 263.	Täuschung bei einer Wahl oder Volksabstimmung .	719
§ 264.	Verbreitung falscher Nachrichten bei einer Wahl oder Volksabstimmung	719
§ 265.	Bestechung bei einer Wahl oder Volksabstimmung	720
§ 265 a.	Mandatskauf	720
§ 266.	Fälschung bei einer Wahl oder Volksabstimmung ..	721
§ 267.	Verhinderung einer Wahl oder Volksabstimmung ..	721
§ 268.	Verletzung des Wahl- oder Volksabstimmungsge- heimnisses	721

Anhang 3
(Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 – VfGG)

§ 12.	723
-------	-------	-----

J. Bei Anfechtungen von Wahlen, bei Anträgen auf Mandatsverlust, bei Anfechtungen des Ergebnisses von Volksbegehren, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Europäischen Bürgerinitiativen, bei der Aufnahme von Personen in Wählerevidenzen und der Streichung von Personen aus Wählerevidenzen und bei der Anfechtung von selbstständig anfechtbaren Bescheiden und Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und Erkenntnissen und Beschlüssen der Verwaltungsgerichte in allen diesen Fällen (Art. 141 B-VG)

§ 67.	723
§ 68.	725
§ 69.	725
§ 70.	726
§ 71.	727
§ 71 a.	728

Anhang 4

(Volksabstimmungsgesetz 1972 – VAbstG)

§ 1.	730
§ 2.	730
§ 3.	731
§ 4.	731
§ 5.	731
§ 6.	732
§ 7.	733
§ 8.	733
§ 9.	734
§ 10.	735
§ 11.	736
§ 12.	737
§ 13.	737
§ 14.	738
§ 15.	739
§ 16.	739
§ 17.	739
§ 18.	740

§ 19.	741
§ 20.	741
§ 21.	741

Anhang 5 (Volksbefragungsgesetz 1989 – VBefrG)

§ 1.	746
§ 2.	746
§ 3.	746
§ 4.	747
§ 5.	747
§ 5 a.	747
§ 6.	747
§ 7.	748
§ 8.	748
§ 9.	749
§ 10.	750
§ 11.	750
§ 12.	751
§ 13.	752
§ 14.	753
§ 15.	753
§ 16.	753
§ 17.	754
§ 18.	754
§ 19.	755
§ 20.	756
§ 21.	756

Anhang 6
Akt zur Einführung allgemeiner
unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten
des Europäischen Parlaments vom
20. September 1976, zuletzt geändert durch
Beschluss des Rates vom 25. Juni 2002 und
23. September 2002
(Direktwahlakt)

Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen
der Mitglieder des Europäischen Parlaments

Art. 1.	762
Art. 2.	762
Art. 3.	762
Art. 4.	763
Art. 5.	763
Art. 6.	763
Art. 7.	763
Art. 8.	765
Art. 9.	765
Art. 10.	765
Art. 11.	765
Art. 12.	766
Art. 13.	766
Art. 14.	767
Art. 15.	767
Art. 16.	767
Anhang I	767
Anhang II	767

Anhang 7

Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen

Kapitel I Allgemeines

Art. 1.	774
Art. 2.	774
Art. 3.	775
Art. 4.	776
Art. 5.	776
Art. 6.	776
Art. 7.	778
Art. 8.	778

Kapitel II Ausübung des aktiven und des passiven Wahlrechts

Art. 9.	779
Art. 10.	780
Art. 11.	780
Art. 12.	781
Art. 13.	781

Kapitel III Ausnahme- und Übergangsregelungen

Art. 14.	781
Art. 15.	783

Kapitel IV
Schlussbestimmungen

Art. 16.	784
Art. 17.	784
Art. 18.	784
Art. 19.	784

Anhang 8

**Bundesgesetz über die Durchführung von
Europäischen Bürgerinitiativen**

(Europäische-Bürgerinitiative-Gesetz – EBIG)

§ 1.	Begriffsbestimmungen	785
§ 2.	Individuelle Online-Sammelsysteme	786
§ 3.	Überprüfung und Bescheinigung von Unterstüt- zungsbekundungen	787
§ 4.	Anfechtung der Bürgerinitiative	790
§ 5.	Verwaltungsübertretungen	791
§ 6.	Ermächtigung des Bundeswahlleiters durch die Bun- deswahlbehörde	791
§ 7.	Gebührenfreiheit	792
§ 8.	Weibliche Form der Funktionsbezeichnungen	792
§ 9.	Vollziehung	792
§ 10.	Inkrafttreten und Außerkrafttreten	792
Art. 25.	Notifikationshinweis.	793

Anhang 9

VERORDNUNG (EU) 2019/788 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 17. April 2019 über die Europäische Bürgerinitiative

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art 1.	Gegenstand	808
Art 2.	Recht auf Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative	808
Art 3.	Erforderliche Anzahl von Unterzeichnern	809
Art 4.	Information und Unterstützung durch die Kommission und die Mitgliedstaaten	809

KAPITEL II

VERFAHRENSBESTIMMUNGEN

Art 5.	Organisatorengruppe	811
Art 6.	Registrierung	813
Art 7.	Rücknahme einer Initiative	816
Art 8.	Sammlungsfrist	816
Art 9.	Verfahren zur Sammlung von Unterstützungsbekundungen	817
Art 10.	Zentrales Online-Sammelsystem	819
Art 11.	Individuelle Online-Sammelsysteme	820
Art 12.	Überprüfung und Bescheinigung von Unterstützungsbekundungen durch die Mitgliedstaaten	822
Art 13.	Einreichung bei der Kommission	824
Art 14.	Veröffentlichung und öffentliche Anhörung	824
Art 15.	Prüfung durch die Kommission	825
Art 16.	Weiterbehandlung erfolgreicher Bürgerinitiativen durch das Europäische Parlament	826

KAPITEL III

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Art 17.	Transparenz	826
---------	-----------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Art 18.	Öffentlichkeitsarbeit	827
Art 19.	Schutz personenbezogener Daten	828
Art 20.	Zuständige Behörden in den Mitgliedstaaten	830
Art 21.	Mitteilung von einzelstaatlichen Vorschriften	830

KAPITEL IV

DELEGIERTE RECHTSAKTE UND DURCHFÜHRUNGSRECHTSAKTE

Art 22.	Ausschussverfahren	831
Art 23.	Übertragene Befugnisse	831
Art 24.	Ausübung der Befugnisübertragung	831

KAPITEL V

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art 25.	Überprüfung	832
Art 26.	Aufhebung	832
Art 27.	Übergangsbestimmungen	833
Art 28.	Inkrafttreten und Geltung	833

ANHANG I MINDESTZAHL DER UNTERZEICHNER PRO MITGLIEDSTAAT	835
---	-----

ANHANG II FÜR DIE REGISTRIERUNG EINER INITIATI- VE ERFORDERLICHE INFORMATIONEN	836
---	-----

ANHANG III	838
----------------------	-----

FORMULAR FÜR DIE UNTERSTÜTZUNGSBEKUNDUNG – Teil A (1)	838
--	-----

FORMULAR FÜR DIE UNTERSTÜTZUNGSBEKUNDUNG – Teil B (5)	842
--	-----

ANHANG IV BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ÜBEREINSTIM- MUNG EINES ONLINE-SAMMELSYSTEMS MIT DER VER- ORDNUNG (EU) 2019/788 DES EUROPÄISCHEN PARLA- MENTS UND DES RATES VOM 17. APRIL 2019 ÜBER DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE	847
---	-----

ANHANG V FORMULAR FÜR DIE ÜBERMITTLUNG VON UNTERSTÜTZUNGSBEKUNDUNGEN AN DIE ZUSTÄNDI- GEN BEHÖRDEN DER MITGLIEDSTAATEN	847
--	-----

ANHANG VI BESCHEINIGUNG DER ZAHL DER IN ...
 (NAME DES MITGLIEDSTAATS) GESAMMELTEN GÜLTIGEN
 UNTERSTÜTZUNGSBEKUNDUNGEN 848

ANHANG VII FORMULAR ZUR EINREICHUNG EINER
 INITIATIVE BEI DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION. ... 849

Anhang 10

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU)
 2019/1799 DER KOMMISSION vom
 22. Oktober 2019 zur Festlegung der
 technischen Spezifikationen für individuelle
 Online-Sammelsysteme gemäß der
 Verordnung (EU) 2019/788 des
 Europäischen Parlaments und des Rates
 über die Europäische Bürgerinitiative**

Art 1. 854

Art 2. 854

Art 3. 854

ANHANG

1. TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN FÜR DIE UMSETZUNG
 VON ARTIKEL 11 ABSATZ 4 BUCHSTABE A DER
 VERORDNUNG (EU) 2019/788 855

2. TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN FÜR DIE UMSETZUNG
 VON ARTIKEL 11 ABSATZ 4 BUCHSTABE B DER
 VERORDNUNG (EU) 2019/788 855

3. TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN FÜR DIE UMSETZUNG
 VON ARTIKEL 11 ABSATZ 4 BUCHSTABE C DER
 VERORDNUNG (EU) 2019/788 856

4. TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN FÜR DIE UMSETZUNG
 VON ARTIKEL 11 ABSATZ 4 BUCHSTABE D DER
 VERORDNUNG (EU) 2019/788 857

Stichwortverzeichnis 861